



Gesundheit & Soziales

- die freie Gewerkschaft -

Stellungnahme 01.05.2023 Zentrum Gesundheit & Soziales:

Inстанz für Gerechtigkeit

Es ist ruhig geworden, so scheint es. Am 07.04.2023 sind die letzten von staatlicher Seite auferlegten „Corona-Schutz-Maßnahmen“ ausgelaufen (sie wurden nicht aufgehoben, sondern einfach nur nicht verlängert). Seitdem und schon in den Wochen davor hatte es den Anschein, dass so langsam alles wieder in den geordneten Bahnen „wie davor“ läuft – *endlich*.

Vieles scheint vergessen – „wie war das noch gleich“? Doch bei vielen Menschen gibt es eben kein zurück – die Zahncreme passt einfach nicht mehr in die Tube. Zu viel Unglaubliches ist passiert – was vor Corona unmöglich schien.

Das Vertrauen in Medizin und Wissenschaft, in Politik und Gesellschaft wurde schwer erschüttert. Es wurden Gräben gezogen, wo man es nie für möglich gehalten hätte. Familien wurden erschüttert, Freundschaften zerstört. In Kindergärten, Schulen und im Betrieb wurden diejenigen zu Außenseitern, die kritisch waren, Maßnahmen hinterfragt oder nur schlicht und ergreifend auf die eigene freie Entscheidung in Gesundheitsfragen bestanden haben.

Welche tiefen physischen und psychischen Folgen die vergangenen 3 Jahre hinterlassen haben, lässt sich auch jetzt noch nicht in Gänze erfassen. Das Geschehene und die Hinterlassenschaften sind komplex, unzählige Menschen wurden geschädigt, es ist kaum zu ermessen.

Für viele war „Corona“ nur der Einstieg in die Welt der alternativen Gedanken. Was bisher undenkbar und erst recht unsagbar war, wird nun nach und nach bestätigte Realität. Und doch wird es - Stand jetzt - keine Kommission zur Aufarbeitung geben – es wird keine offizielle Stelle für die Wiedergutmachung geschehenen Unrechts eingerichtet. **DIESE INSTANZ MUSS NUN AUS DER GESELLSCHAFT KOMMEN, VON MENSCHEN, DIE NICHT WOLLEN, DASS NOCH EINMAL WILLKÜR UND IDEOLOGISCHE GRUNDSÄTZE DIE GESCHICKE UNSERES LANDES STEUERN.** Es braucht jetzt die Anerkennung des entstandenen Leides durch die politischen Entscheidungsträger und in der Folge die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Fehler müssen im öffentlichen Raum diskutiert und eingeräumt werden. Im sächsischen Zinnwald-Georgenfeld wurde ein erstes Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der staatlichen Impfpropaganda eingeweiht, unzählige Menschen nahmen Anteil und haben über eigene Schicksale berichtet.

Wichtig ist, dass die Menschen wieder zueinander finden. Wir müssen Differenzen überwinden und unangenehme Wahrheiten aussprechen und klar benennen. Diskurs muss

wieder möglich sein. Es ist elementar, dass auch Meinungen erwünscht und zugelassen werden, die nicht dem gängigen Tenor der Hofberichterstatte der Mainstream-Medien entsprechen. Zensur beginnt in unseren Köpfen und nur durch Meinungsvielfalt kann Meinungsfreiheit entstehen.

Den Weg in die Zukunft können wir nur zusammen gehen, als Menschen, die sich nicht in Schubladen stecken lassen, sondern einfach nur als Menschen – mit vielen unterschiedlichen Meinungen.

Stephanie Voigt – Vorstand „Zentrum Gesundheit & Soziales - die freie Gewerkschaft“